

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 13. November 2012

Rassismus und Rechtsextremismus

"Dringender Handlungsbedarf auch in Hessen"

Landesausländerbeirat fordert Konsequenzen für Hessen aus der neuesten Studie zu rechtsextremen und ausländerfeindlichen Einstellungen

Deutliche Konsequenzen aus den Ergebnissen der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland hat heute der Vorsitzende des Landesausländerbeirates, Corrado Di Benedetto, gefordert. Die Entwicklung sei in höchstem Maß besorgniserregend. Und dies nicht nur in Ostdeutschland. Di Benedetto: „Wenn mehr als 30 Prozent der Menschen in Westdeutschland ausländerfeindlichen Aussagen zustimmen, haben wir auch in Hessen ein großes Problem.“

Die Studie habe erneut bewiesen, dass Ausländerfeindlichkeit nicht nur menschenverachtend ist, sondern auch als ‚Einstiegsdroge‘ in den Rechtsextremismus fungiere. Besonders gefährlich sei, dass offenbar immer mehr Jugendliche für rechte und rassistische Parolen empfänglich werden.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus müsse daher dringend verstärkt werden. Vor allem gelte es, jetzt wirksame Maßnahmen gegen den Rassismus in unserer Gesellschaft zu ergreifen, so Di Benedetto. Dabei seien alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert. Allen voran Bund, Länder und Kommunen.

Als erste Maßnahmen für Hessen forderte der Landesausländerbeirat

- die bessere Ausstattung bereits bestehender Programme gegen Rechtsextremismus,
- eine erhebliche Ausweitung der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus in der schulischen und außerschulischen Bildung,
- die Schaffung einer landesweiten Struktur von hessischen Antidiskriminierungsstellen, die eine sozialräumlich orientierte Präventionsarbeit leisten und als Beschwerde- und Beratungsstellen für von Rassismus Betroffene fungieren.

Di Benedetto: „Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus muss noch stärker in den öffentlichen und politischen Fokus!“